Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift **Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 15 (1935-1936)

Heft: 4

Artikel: Voraussetzungen des Wahlerfolges : zum Ergebnis der

Nationalratswahlen 1935

Autor: Schmid, Arthur

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-332433

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 30.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

15. JAHRGANG -- DEZEMBER 1935 -- HEFT 4

Voraussetzungen des Wahlerfolges

Zum Ergebnis der Nationalratswahlen 1935.

Von Dr. Arthur Schmid.

Der Ausgang der Nationalratswahlen 1935 ist verschiedenartig beurteilt worden. Die Tatsache, daß die sozialdemokratische Fraktion zur stärksten Fraktion im Nationalrat geworden ist, ist indessen kein Beweis dafür, daß wir einen erfolgreichen Wahlgang hinter uns haben. Die Zahl der Mandate ist gleichgeblieben. Die sozialdemokratische Fraktion ist nur zur stärksten Fraktion geworden, weil die freisinnige Fraktion einen Teil ihrer Wähler verloren hat.

Daß die Sozialdemokratie keinen Erfolg zu verzeichnen hat, wenn man das Gesamtresultat betrachtet, beweist nicht nur die Tatsache, daß die Mandatzahl gleichgeblieben ist, sondern beweisen auch die Wahlresultate der einzelnen Kantone. Wir wollen sie als Belegmaterial wiedergeben.

	Wähl 1931	erzahlen 1935	Gewinn oder Verlust	Zahl der 1931	S itze 1935	Gewinn oder Vertust	Zahl der Wahler 1. ein 80z. Mandat
Zürich	55,516	45,788	—9728 (—17,5 %)	11	9	-2	5088
Bern	52,219	52,980	+ 761 (+ 1,4 %)	10	11	+1	4816
Luzern	5,192	6,594	+1402 (+ 27 %)	1	1		6594
Uri	Keine	sozialdemo	okratischen Kandid	laten			
Schwyz	2,677	2,631	— 46 (— 1,7 %)		-	122242	
Obwalden	Keine	sozialdemo	okratischen Kandid	laten			
Nidwalden	Keine	sozialdem	okratischen Kandid	laten			
Glarus	1,854	2,186	+ 332 (+17,9 %)		-		
Zug	1,715	1,618	— 97 (— 5,7 %)	-			
Freiburg	2,406	2,699	+ 293 (+12,2 %)				
Solothurn	10,582	10,622	+ 40 (+ 0,4 %)	2	2	-	5311
Baselstadt	8,923	12,915	+3992 (+44,7 %)	2	3	+1	4305
Baselland	5,763	5,586	— 177 (— 3,1 %)	1	2	+1	2793
Schaffhausen	4,948*	5,257	+ 309 (+ 6,2 %)	1	1	-	5257

^{*} Stimmenzahl der Sozialdemokraten und Kommunistischen Opposition zusammen.

	Wäh 1931	lerzahlen 1935	Gewinn oder Verlast	Zahl der 1931	8itze 1935	Gewinn oder Yeriust	Zahl der Wähler f. ein soz. Mandat
Appenzell A Rh.	3,023	5,317	+2294 (+75,8 %)	1	1	(,,,,,,,,,,)	531 7
Appenzell IRh.	Keine	sozialdem	okratischen Kandid	aten			
St. Gallen	13,363	11,519	—1844 (—13,8 %)	3	2	1	5760
Graubünden	4,127	3,641	— 486 (— 11,8 %)	1	0	1	
Aargau	21,273	22,620	+1347 (+ 6,3 %)	4	4		5655
Thurgau	7,620	8,374	+ 754 (+ 9,9 %)	1	2	+1	4187
Tessin	4,339	4,828	+ 489 (+11,3 %)	1	1	and the same of th	4828
Waadt	19,448	21,491	+2043 (+10,5 %)	4	4		5373
Wallis	3,521	4,188	+ 667 (+18,9 %)	0	1	+1	4188
Neuenburg	12,026	11,508	— 518 (— 4,3 %)	3	3		3836
Genf	10,615	13,265	+2650 (+ 25 %)	4	3	—1	4422
Total	251,150	255,627	+4477 (+ 1,8 %)	50	50		5113

Diese Zusammenstellung zeigt, daß die Sozialdemokratie gegenüber 1931 große Wählerkontingente eingebüßt hat in Zürich und St. Gallen. Die Sozialdemokratische Partei hat aber auch Verluste an Wählern erlitten in den Kantonen Graubünden, Neuenburg, Baselland, Zug und Schwyz. Die Sozialdemokratie hat gegenüber 1931 verhältnismäßig ziemlich viel Wähler gewonnen in Baselstadt, Genf, Waadt, Appenzell A.-Rh. und Luzern. Stimmen gewonnen wurden weiter in den Kantonen Aargau, Bern, Thurgau, Wallis, Tessin, Schaffhausen und Solothurn.

Interessant ist, daß die Sozialdemokratische Partei von Genf trotz einem Stimmenzuwachs von 2650 Wählern ein Mandat verliert. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Stimmbeteiligung eine stärkere war als im Jahre 1931, und daß die Listenverbindung und die stärkere Stimmbeteiligung den bürgerlichen Gruppen zugute kamen. Im Kanton Bern und im Kanton Thurgau hat die Sozialdemokratische Partei je rund 750 Wähler gewonnen und damit das Mandat, das im Jahre 1931 verlorenging, zurückerobert. Im Kanton Baselland hat die Sozialdemokratische Partei ein Mandat gewonnen, trotz einem Wählerverlust von 177. Sie verdankt diesen Mandatgewinn der Tatsache, daß verschiedene neue Parteien entstanden, die mit den alten bürgerlichen Parteien keine Listenverbindung eingegangen sind. Die Eroberung eines Sitzes im Kanton Wallis ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß von der Konservativen Partei eine Gruppe absplitterte. Die stärksten Verluste erlitt die Sozialdemokratische Partei in den Kantonen Zürich und St. Gallen, wo viel mehr Parteien als früher in den Wahlkampf eintraten und wo vor allem die Migrospartei einen ziemlich starken Erfolg aufzuweisen hat. Im Kanton Graubünden verlor die Sozialdemokratische Partei das Mandat an die Gruppe Gadient, die mit der Parole »Front der Arbeit« für ihre Partei erfolgreich kämpfte.

Die Sozialdemokratische Partei von Baselstadt hat die größte Anzahl von Wählern gewonnen. Dieser Erfolg ist um so bemerkenswerter, weil bereits die Großratswahlen vom letzten Frühjahr einen wesentlichen Erfolg brachten. Diese Entwicklung ist im Gegensatz zu der-

jenigen des Kantons *Genf*, wo die Sozialdemokraten bei den letzten Großrats- und Regierungsratswahlen eine sozialdemokratische Stimmenzahl von rund 17,000 erreichten, während sie diesmal nur auf 13,265 Wähler gekommen sind.

Diese Vergleiche zeigen auch, daß die Wahlzahlen von 1931 und 1935 nicht in jeder Hinsicht als zuverlässige Vergleichsbasis für die Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei in der letzten Zeit gewertet werden können.

II.

Unserer Auffassung nach gibt die vorstehende Tabelle ein klares Bild darüber, daß die Sozialdemokratische Partei, trotz einer prozentual starken Zunahme der Stimmen in einzelnen Kantonen, im gesamten nur wenig Stimmen gewonnen hat. Wenn man die gültig abgegebenen Stimmen der Jahre 1931 und 1935 vergleicht, so ergibt sich prozentual überhaupt keine Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen. Auch wenn die Gesamtstimmenzahl der Sozialdemokratischen Partei etwas gesteigert werden konnte, so haben eben die übrigen Parteien, als Gesamtes genommen, mehr Wähler gewonnen. Dieser Tatsache gegenüber ist es ein schwacher Trost, wenn man auf die Stimmenverluste der Freisinnigen und der Bauernpartei verweist. Wir müssen mit dem Wachstumsprozeß oder mit dem Stillstand unserer eigenen Partei rechnen.

Wenn man einen Mißerfolg erleidet, liegt es nahe, daß man die Ursache des Mißerfolges außerhalb der eigenen Partei sucht. So haben wir hin und wieder die folgende Argumentation gehört: »Die Methoden des Gegners sind viel schlimmer als je zuvor. Der wirtschaftliche Terror wächst. Die Irreführung der öffentlichen Meinung durch den Gegner nimmt zu. Aus diesen Gründen bedeutet es schon einen Erfolg, daß man die Stimmenzahl von 1931 halten konnte.« Eine solche Argumentation ist zweifellos unrichtig, denn sie führt auf ein falsches Geleise. Wir können dem Gegner nicht vorschreiben, wie er sich verhalten soll. Wir müssen im Gegenteil damit rechnen, daß er seine Machtmittel je länger, je mehr ausnützt. Wir müssen damit rechnen, daß er die Stimmenden wirtschaftlich und geistig immer mehr zu beeinflussen versucht. Wir können ihm nicht vorschreiben, daß er das Volk nicht irreführen solle. Speziell das letztere wäre sehr wünschenswert. Der Wahlkampf würde gewinnen, wenn er sachlich geführt würde. Von unserer Seite muß man alles tun, um den Wahlkampf mit sachlichen Mitteln zu führen. Aber wir bestimmen nicht die Handlungsweise des Gegners selbst.

Wollte man sich auf den Boden der oben skizzierten Argumentation stellen, dann würde man anerkennen, daß das Gesetz des Handelns ausschließlich beim Gegner liege. Daß es von seinem guten oder schlechten Willen abhänge, wie uns ere Erfolge ausfallen; daß seine Brutalität oder seine Anständigkeit für den Erfolg unserer Partei maßgebend sei. Wenn eine solche Betrachtungsweise richtig wäre, dann würde sie zur Voraussetzung haben, daß wir das Gesetz des Handelns überhaupt nicht an uns reißen können. Das ist nun aber nicht richtig.

Richtig ist, daß wir die wirtschaftliche Macht der Kapitalisten, die sie auch im Wahlkampf offenbaren, nicht mit wirtschaftlichen Machtmitteln brechen können. Wir könnten das nur, wenn die Konsumgenossenschaften und die übrigen Genossenschaften mit der gleichen Entschlossenheit sich auf die Seite der Sozialdemokratie stellen würden, wie die kapitalistischen Wirtschaftsbetriebe und die kapitalistischen Wirtschaftsorganisationen sich für die bürgerlichen Parteien einsetzen. Heute aber müssen wir mit der Tatsache rechnen, daß wir den wirtschaftlichen Machtmitteln des Gegners keine eigenen wirtschaftlichen Machtmittel gegenüberstellen können.

Richtig ist, daß wir den Gesinnungsterror, der auf überkommenen religiösen und weltanschaulichen Vorurteilen basiert, nicht im Verlaufe eines Wahlkampfes von 3 oder 4 Wochen brechen können. Aber wir können im Verlaufe der Zeit diese Position des Gegners erschüttern.

Richtig ist, daß der Gegner über mehr Zeitungen verfügt als die Sozialdemokratie.

Aber alles das berechtigt nicht zu der Annahme, daß der Gegner auf dem Gebiet des Handelns uns überlegen sei. Die Sozialdemokratie verfügt über eine verhältnismäßig geschlossene Partei, über eine zahlenmäßig ziemlich große Organisation. Wenn wir von der Tatsache erfüllt sind, daß wir den Wahlkampf gegen eine Welt von Feinden zu führen haben, daß aber jeder einzelne eine Aufgabe erfüllen kann, und wenn wir alles tun, um die organisierten Massen zu aktivieren, dann ist es möglich, daß wir im Wahlkampf das Gesetz des Handelns sowohl, was Versammlungen, als auch was die geistige Offensive und Beweglichkeit anbelangt, an uns reißen können. Damit das geschieht, ist psychologisch allerdings eine Voraussetzung notwendig: Die Sozialdemokraten müssen davon überzeugt sein, daß sie in allen Wahlkämpfen auf sich allein gestellt sind, und daß sie von keiner Seite irgendwelche Unterstützung zu erwarten haben.

III.

Damit kommen wir zu einer weitern Betrachtung, die man nach den Nationalratswahlen 1935 ebenfalls hören konnte. Diese Betrachtung bezog sich auf das Verhalten der Gewerkschaften. Einzelne Gewerkschaften haben allerdings in den letzten Tagen vor den Wahlen die Parole herausgegeben, für die Sozialdemokratische Liste einzutreten. Aber es waren nur einzelne. Der Gewerkschaftsbund als solcher hat die sogenannte Neutralität auf politischem Gebiete hochzuhalten versucht. Seine Flugblätter, seine Plakate, seine Artikel (und damit die Aktion der meisten Gewerkschaften) gingen zwar gegen die Lohnabbauer, die Parteien, welche die Reaktion verkörpern; aber sie gaben keine positive Kampfparole heraus. Diese Wahltaktik mußte dazu führen, daß viele Gewerkschafter, die an die politische Neutralität der Gewerkschaften glauben, nicht wußten, ob sie die Sozialdemokratische Liste, die Jungbauernliste, die Liste des Herrn Gadient oder eventuell eine freie Liste einlegen sollten. Eine Wahlparole, die durchschlagen soll, muß für eine bestimmte Partei Stellung nehmen.

Wir sind davon überzeugt, daß eine solche Taktik weder den Gewerkschaften noch der Sozialdemokratischen Partei nützt. Aber wir können von der Sozialdemokratischen Partei aus den Gewerkschaften ihre Wahltaktik nicht bestimmen. Deshalb wiederholen wir, was wir schon oben bemerkt haben: »Die Sozialdemokraten müssen davon überzeugt sein, daß sie in allen Wahlkämpfen auf sich allein gestellt sind, und daß sie von keiner Seite irgendwelche Unterstützung zu erwarten haben.« Wenn diese Voraussetzung den Sozialdemokraten in Fleisch und Blut übergegangen ist, dann wissen sie, daß sie selber den letzten Gewerkschafter für unsere Partei in der Hausagitation und im Wahlkampfe gewinnen müssen. Dann wissen sie, daß ein Erfolg der »Front der Arbeit«, wie wir ihn am 2. Juni 1935 zu verzeichnen hatten, uns den Wahlkampf noch nicht erleichtert, sondern daß diese »Front der Arbeit« erst noch für die Sozialdemokratie gewonnen werden muß. Also auch hier ergibt sich aus den Wahlen vom 27. Oktober 1935 die Erkenntnis, daß eine sozialdemokratische Partei, die weiß, daß sie allein zu kämpfen hat, das Gesetz des Handelns und damit den Erfolg viel eher an sich reißt als eine sozialdemokratische Partei, die das noch nicht weiß.

Mit Recht ist die Politik des Verbandes schweizerischer Konsumvereine kritisiert worden. Mit Recht ist darauf verwiesen worden, daß viele Wähler die Politik des Konsumverbandes den Sozialdemokraten in die Schuhe schieben. Daß das zu Unrecht geschieht, ist ebenfalls mit vollem Recht festgestellt worden. Aber es genügt nicht, daß man diese Feststellungen nach der Wahl macht und sie dann wieder vergißt. Sondern es ist notwendig, daß die Sozialdemokratische Partei bei jeder Gelegenheit ihre Politik genau von derjenigen des Konsumverbandes unterscheidet, gegenüber dem Konsumverband keine Konzessionen macht, sondern zur Kritik seiner Politik übergeht. Dazu kommt die andere Notwendigkeit: Wir müssen die Mitglieder — und das gilt auch für die sozialdemokratischen Mitglieder — der Konsumvereine lehren, daß die Politik, die letzten Endes für die großen Massen der Werktätigen entscheidend ist, nicht durch den Konsumverband, sondern durch die Sozialdemokratische Partei gemacht wird. In einer Demokratie kann das arbeitende Volk einen entscheidenden Einfluß nur ausüben, wenn es rückhaltlos für die stärkste antikapitalistische Partei kämpft, das ist die Sozialdemokratie. Die Konsumvereine könnten natürlich auch eine eigene politische Partei bilden, genau wie das Gottlieb Duttweiler mit seiner Migrospartei getan hat. Sie würden damit allerdings den Kampf gegen alle bestehenden politischen Parteien, insonderheit auch gegen die Sozialdemokratie, führen müssen. Wir glauben nicht, daß die Konsumvereine zu einer solchen Politik fähig wären. Wir sind deshalb der Meinung, daß die Mitglieder der Konsumvereine für den Sozialismus gewonnen werden müssen, und daß gerade die überzeugten sozialdemokratischen Genossenschafter sich auf politischem Gebiete für die Sozialdemokratie einsetzen müssen, weil die Sozialdemokratie die einzige zuverlässige Partei ist, welche die Interessen der Genossenschaften verteidigt. (Siehe Warenhausgesetz.)

Es wird niemand behaupten können, daß die heutige Zeit für den Aufstieg der Sozialdemokratie ungünstig sei. Wie wir schon ausgeführt haben, ist es allerdings richtig, daß die Gegner der Sozialdemokratie ihre Anstrengungen vergrößern, um die Sozialdemokratie zu schädigen und womöglich niederzuringen. Dazu kommt, daß in einzelnen Ländern, wie in den drei Nachbarstaaten Deutschland, Oesterreich und Italien, der Faschismus die Sozialdemokratie aufgelöst, aber auch alle demokratischen Einrichtungen zerschlagen hat. Auch die Arbeitslosigkeit, die wirtschaftliche Not sind geeignet, einzelne Menschen apathisch zu machen, andere wiederum in die Arme von irgendwelchen politischen Wunderdoktoren und Verkündern faschistischer Erlösungsmethoden zu treiben.

Aber für die Sozialdemokratie spricht heute die ganze Wirtschaft. Die Sozialdemokratie hat die kapitalistische Entwicklung vorausgesagt. Das gewaltige Werk von Karl Marx besteht ja gerade darin, daß er die gigantische Konzentration des Kapitals und den gesellschaftsschädlichen und gesellschaftszerstörenden Charakter der kapitalistischen Entwicklung schon vor Jahrzehnten dargetan hat. Die ganze heutige Situation ist ein Beweis für die Planlosigkeit und Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft. Die Gegenwart lehrt tagtäglich, daß es so nicht weitergehen kann, und zeigt den Menschen die furchtbaren Folgen der kapitalistischen Profitsucht und der auf den Egoismus gegründeten Wirtschaftsform. Die antikapitalistische Sehnsucht ist deshalb im Volk draußen groß. Es ist so auch nicht verwunderlich, daß der Sozialismus in einzelnen Ländern, wo demokratische Einrichtungen vorhanden sind, gewaltige Erfolge aufzuweisen hat. In diesem Zusammenhang sei nur auf die Wahlen in Dänemark, Schweden und Norwegen verwiesen.

Wohin die faschistischen Rezepte führen, wird je länger, je klarer auch für diejenigen, die von der politischen Entwicklung nicht viel verstehen. Der Raubkrieg Mussolinis beweist, daß Faschismus Krieg bedeutet. Die wahnsinnigen Rüstungen Hitler-Deutschlands beweisen dasselbe. Die Lebensmittelknappheit in Hitler-Deutschland zeigt, daß der wirtschaftliche Niedergang unter dem Faschismus unendlich viel schlimmer ist als bei einer auch sehr unvollkommenen demokratischen Verfassung. Die wirtschaftlichen Zustände in Italien und in Oesterreich zeigen das gleiche.

Die Frage der *Unabhängigkeit einer Demokratie* vom Ausland ist gerade für die Schweiz von großer Wichtigkeit. Wie die Unabhängigkeit eines Landes unter dem Faschismus restlos verlorengeht, beweist das faschistische Oesterreich.

Alle diese Tatsachen lehren, durch die Gegenwart selbst, in anschaulicher Weise Politik. Sie zeigen den Menschen, daß sie in den großen Gesellschafts- und Weltanschauungsfragen Stellung nehmen müssen. Sie zeigen den Menschen, daß es keinen Ausweg aus Not und Elend und Kriegsgefahr gibt, ohne daß die Massen selbst handeln. Dieses Handeln kann passiv oder aktiv sein. Passiv ist es dann, wenn man einem Führer die Allmacht übertragen will, daß er für die Massen

handelt. Aktiv ist dieses Handeln dann, wenn die Massen, durch gewaltige demokratische Organisationen zusammengeschlossen, die Politik und damit ihr Schicksal selber in die Hand nehmen.

V

Die vorstehenden Ausführungen zeigen, daß die sachlichen Voraussetzungen für den Erfolg der Sozialdemokratie da sind. (Wirtschaftliche und politische Entwicklung, Not und Elend großer Volksschichten, antikapitalistische Sehnsucht weiter Kreise.)

Für den tatsächlichen Erfolg aber genügen die Voraussetzungen, die in der Gegenwart selbst liegen, nicht; sondern die lebendigen Menschen müssen die Voraussetzungen für den erfolgreichen Kampf schaffen.

Wie werden diese Voraussetzungen für den erfolgreichen Kampf in den Massen draußen geschaffen? Klare Programme, populär formulierte Forderungen allein genügen noch nicht. Es ist notwendig, daß diese Erkenntnisse den Massen vermittelt werden. Diese Aufklärungsarbeit ist eine mühselige. Sie erfordert viele Tätige, viele Versammlungen, viel Aufklärung von Mann zu Mann. Aber diese Arbeit ist unerläßlich. Man kann ihr deshalb auch nicht ausweichen.

Die Aufklärung muß anknüpfen an die Begriffswelt derjenigen Volksschicht, die man aufklären will. Man kann deshalb zu einem fortgeschrittenen Gewerkschafter nicht in gleicher Weise reden wie zu einem Arbeiter, der den Sozialismus nur aus einem bürgerlichen Wochenblatt kennt. Man muß dort anknüpfen, wo freiheitliche Auffassungen, Sehnsucht nach Gerechtigkeit, Anfänge der Erkenntnis, daß der Kapitalismus Unrecht schafft, vorhanden sind. Die Agitation kann deshalb nicht schematisiert werden. Sie ist mannigfaltig. Je nach Gesellschaftsschicht, nach Beruf, nach Abstammung und Milieu muß die Aufklärung verschiedenartig sein. Die Fortschritte beim einzelnen in seinem Denken und in seinem Handeln werden nie gleich sein. Bei dem einen geht es rasch, bei dem andern langsam. Diejenigen, die Zeit brauchen, um sich gewissenhaft und verantwortungsbewußt mit sich selber, ihrer bisherigen Anschauung und ihrer ganzen Vergangenheit auseinanderzusetzen, sind oft die viel wertvolleren und für den Sozialismus viel zuverlässigeren Kämpfer als diejenigen, die nach fünf Minuten schon ja sagen. Daraus ergibt sich die Schlußfolgerung, daß, auf weite Sicht betrachtet, der Kampf für die Eroberung der Gesellschaft und den Sozialismus nur durch eine sachgemäße, tiefschürfende, die besten Gefühle im Menschen weckende Aufklärung mit Erfolg geführt werden kann, und nicht durch Schlagworte und Sensationen, die nach kurzer Zeit versagen.

Ein Wahlkampf, der erfolgreich sein soll, muß deshalb durch lange Jahre Kleinarbeit vorbereitet werden. Parolen, die alle halbe Jahre wechseln, Programme, die man nach kurzer Zeit beiseite legt, bilden keine sachgemäße Vorbereitung eines erfolgreichen Wahlkampfes.

Im Wahlkampfe selbst spielt die Aufklärung von Mann zu Mann, durch Versammlungen und durch Flugblätter eine gewaltige Rolle. Diese Aufklärung kann unter Umständen den Erfolg des Wahlkampfes wesentlich beeinflussen. Dabei ist folgendes zu beachten: Es ist unerläßlich, daß in Referaten wie in sonstiger Aufklärungsarbeit die Kritik an der kapitalistischen Wirtschaft und an der heutigen Gesellschaft geübt wird. Dabei ist die sachliche Seite der Kritik in den Vordergrund zu stellen. Einzelbeispiele dienen sehr oft als notwendige Illustration. Einzelfälle aber zur Hauptsache gemacht, können der Sache unter Umständen schaden. Wenn man die stärksten Kräfte im Menschen wecken will, dann muß man seine weltanschauliche Seite erfassen. Haß und Neid sind sehr unzuverlässige und in der Regel schlecht wirkende Eigenschaften. Der Sozialismus kann nur siegen, wenn er die positiven Kräfte im Menschen wachrüttelt. Mit so geschulten Menschen kann er die schwersten Kämpfe durchhalten.

Wenn man in der kritischen Betrachtung der heutigen Wirtschaft und Gesellschaft die Verantwortung der Träger dieser Wirtschaft anprangert und geißelt, dann darf man nie vergessen, den Arbeitenden zu zeigen, daß auch sie selber für die heutigen Zustände mit verantwortlich sind. Die Weckung des Verantwortungsgefühls bei den Werktätigen ist unerläßlich. Wir leben in einer Demokratie. Die Mehrheit der Volksgenossen entscheidet. Die Männer sind bei uns in der Schweiz stimmberechtigt. Die Besitzenden bilden eine kleine Minderheit der Stimmberechtigten. Nur wenn es den Kapitalisten gelingt, die Bauern und Arbeiter für ihre Interessen zur Urne zu schicken. können sie herrschen, regieren, ausbeuten und unterdrücken. Das Getreidemonopol ist nur verworfen worden, weil ein Teil der Werktätigen versagte. Deshalb müssen wir heute jährlich rund 30 Millionen Franken für die Getreideversorgung unseres Landes auslegen. Die Vermögensabgabe-Initiative, die Initiative Rothenberger, die Alters- und Hinterbliebenenversicherung konnten nur verworfen werden, weil ein Teil der Werktätigen für die Verwerfung eingetreten ist. Diese Schuld des arbeitenden Volkes an den heutigen Zuständen selbst darf man nicht verschweigen. So leicht es ist, beim Leser oder Hörer ein Bild der heutigen kapitalistischen Wirtschaft in kritischem Sinne zu geben, die Schuld der Kapitalisten aufzuzeigen, die sozialistischen Forderungen zu erklären und die Opfer der Arbeitenden zu schildern, so unvollständig ist eine solche Darstellung der Dinge. Die Idealisierung der Werktätigen kann wohl dem Redner oder dem Autor Beifall eintragen, aber sie wird schlußendlich unserem Aufstieg zur Macht nichts nützen, sondern im Gegenteil schaden. Die Werktätigen müssen sich darüber klar sein, daß s i e allein die heutigen Zustände ändern können. Daß sie allein durch ihre unermüdliche Tätigkeit, durch das fortwährende Opferbringen an Zeit und Geld die heutigen Zustände überwinden und bessere Zustände schaffen können. Die Faschisten haben sowohl in Italien als in Deutschland von ihren Anhängern in der Zeit, da sie noch nicht an der Macht waren, schwere Opfer verlangt. Sie haben damit eine kampfgeübte Truppe gebildet. Man muß auch dem arbeitenden Volk klarmachen, daß ohne die gewaltigen Opfer der werktätigen Massen Sowjetrußlands es nie möglich gewesen wäre,

die Macht in Sowjetrußland zu halten. Die Massen müssen erkennen, daß jeder Uebergang Opfer verlangt; und daß diese Opfer unumgänglich sind, wenn nicht der vollständige Zusammenbruch und die restlose Niederlage des arbeitenden Volkes kommen sollen. Es gilt deshalb, den Glauben an eine gewisse Sattheit und Spießbürgerlichkeit, die gar mancher als höchste Ideale feiert, zu zerstören. Es müssen Menschen mit einem entschlossenen Willen, bereit zur politischen Arbeit, herausgebildet werden. Es ist unendlich wichtig, daß die Parole, die schon vor Jahrzehnten in Rußland unter dem Zarismus vorhanden war, wiederum lebendige Wirklichkeit wird, nämlich, daß man ins Volk geht, um dieses Volk zu wecken.

VI.

Eine weitere Frage ist für den Erfolg von großer Wichtigkeit und damit auch für die ganze Propagandaarbeit auf Wahlen hin. Es ist die Frage der Zentralisation oder der Dezentralisation der Aufklärung. In der Schrift »Siegreiche Demokratie« von Helveticus (zu welcher Genosse Robert Grimm ein empfehlendes Vorwort geschrieben hat) steht auf Seite 41 zu lesen:

»Selbstverwaltung heißt Demokratie und vor allem Dezentralisierung, Verzicht auf eine allmächtige, allgegenwärtige Staatsgewalt, die neben sich keine freie Organisation dulden mag... Demokratie und Dezentralisation — das sind die Grundlagen des schweizerischen politischen Lebens, die Grundprinzipien der schweizerischen Verfassung.«

Diese Ausführungen gelten nicht nur für die Demokratie schlechthin, sondern sie gelten auch für die Sozialdemokratie. Das deutsche Beispiel hat gezeigt, wohin eine Sozialdemokratie und wohin ein Gewerkschaftsorganismus, der das Eigenleben ertötet, der den Wahlapparat in Berlin beim Parteivorstand konzentriert, der die Partei und die Gewerkschaften unter eine straffe Zentralisation stellt, letzten Endes führt. Der größte Organismus verliert seine Aktivität, wenn nach diesen Methoden vorgegangen wird. Zu was dies letzten Endes führt, hat uns die tragische Entwicklung in Deutschland gelehrt. Was der deutschen Sozialdemokratie und den deutschen Gewerkschaften national zum Verhängnis geworden ist, das ist bei der Kommunistischen Partei durch eine internationale Zentralisation in Moskau zum Verhängnis der einzelnen Landesparteien geworden.

Die Entwicklung in Deutschland ist ein warnendes Beispiel für andere sozialdemokratische Parteien, auch für die Sozialdemokratische Partei der Schweiz.

Was Helveticus in dem vorstehenden Zitat für die schweizerische Demokratie sagt, gilt in hervorragendem Maße auch für die Sozialdemokratische Partei unseres Landes, besonders auch für Wahlzeiten. Die stärksten Kräfte der werktätigen Bevölkerung können für die Sozialdemokratie nur mobilisiert werden, wenn diese in den Kantonen und in den Gemeinden über eine aus dem Milieu herausgewachsene Aktivität verfügt. Die Aktivität wird aber auf politischem Gebiete in

dem Moment gelähmt, wo schematische Anweisungen als fast verbindliche Weisungen betrachtet werden. Das eigene Denken geht zurück. Die Weisungen selbst werden oft gar nicht so erfaßt, wie sie gemeint sind. Es ist auch unmöglich, daß die Propaganda für den Kanton Genf die gleiche sein kann wie etwa für den Kanton Schwyz. Das Denken auf dem Lande ist von dem Denken in der Großstadt verschieden. Deshalb müssen die Vorträge, die Flugblätter, die Plakate den Verhältnissen des betreffenden Milieus angepaßt sein. Eine Zentralisation auf diesem Gebiete der Propaganda kann nie zu einem vollen Erfolg führen.

Die Verhältnisse sind etwas Gewordenes. Ihre Weiterentwicklung erfolgt organisch. Das gilt speziell für die Schweiz. Dezentralisation, so wie sie der Verfasser des Buches »Siegreiche Demokratie« erwähnt, ist eine reale Tatsache in der schweizerischen Politik. Parteien, die diese Tatsache außer acht lassen, schädigen sich selbst. Das föderalistische Denken kann nicht einfach wegdekretiert werden. Das wäre übrigens auch gar nicht wünschenswert. Denn die Mitarbeit der einzelnen, in ihrer Art verschiedenen Gebiete ist für das Staatsganze und auch für das Ganze einer Partei von großem Nutzen. Auf staatlichem Gebiete würden Bestrebungen, welche über diese politischen Tatsachen des föderalistischen Denkens hinweg wollten, dem Faschismus Vorschub leisten.

Die vorstehenden kantonalen Resultate zeigen, daß ganz verschiedenartige politische Einstellungen innerhalb unserer Partei zu einem Erfolg führen können. Man vergleiche die Resultate von Baselstadt und Appenzell A.-Rh.

Wenn man die Wahlen als Ganzes betrachtet, dann zeigen sie, daß die Sozialdemokratie keinen Erfolg buchen kann. Das sollte den Anstoß zu einer fruchtbaren Tätigkeit in den nächsten Monaten und Jahren geben. So würden die letzten Nationalratswahlen zu einer wesentlichen Aktivierung der Sozialdemokratischen Partei beitragen. Die Ideen, welche die Sozialdemokratie vertritt, sind nicht nur gesellschaftlich und wirtschaftlich richtig, sondern auch zeitgemäß. Sie zeigen den Ausweg aus Krise und Not. Wenn es gelingt, das demokratische Denken der schweizerischen Bevölkerung mit der sozialen Einsicht in die gesellschaftlichen Notwendigkeiten zu verbinden; wenn es gelingt, satte und spießbürgerlich veranlagte Menschen zu wecken und zu Kämpfern zu machen, dann werden wir eine große volksverbundene Bewegung sein, die das Schicksal der Schweiz zum Guten führen wird. Je mehr selbständige, bewußt handelnde, in ihrem Milieu aus den gegebenen Notwendigkeiten heraus urteilende Sozialdemokraten tätig sind, um so größer wird der Erfolg sein. Die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei ist es, diese schlummernden Kräfte zu wecken, zu bilden und fortzuentwickeln.